



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP**

zu „Sofortprogramm für eine kostenlose Maskenabgabe in Schleswig-Holstein“
(Drs. 19/2728)

Versorgung mit medizinischen Masken sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Das verpflichtende Tragen einer medizinischen Maske im Einzelhandel, Personenverkehren, Pflegeheimen, sowie bei religiösen Veranstaltungen und Versammlungen macht es notwendig, Leistungsberechtigte von Arbeitslosengeld II, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (SGB XII) und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beim Kauf dieser Masken zu unterstützen. Hierzu hat das Land Schleswig-Holstein eine Bundesratsinitiative gestartet. Wir erwarten, dass sich Bund und Länder diesem Vorschlag schnell anschließen.

Sollte es zeitnah kein Signal der Bundesregierung geben, leistungsberechtigte Menschen mit einer Sach- oder Geldleistung zu unterstützen, wird die Landesregierung Haushaltsmittel bereit stellen, um jedem Leistungsberechtigten eine Sonderzahlung in Höhe von 20 Euro zu zahlen. Diese Maßnahme kann aus dem „Härtefallfonds“ finanziert werden und würde einmalig rund 5 bis 6 Millionen Euro kosten.

Zudem muss mit der Bundesregierung geklärt werden, dass eine solche Sonderzahlung nicht vom Leistungsbezug abgezogen bzw. mit dem Regelsatz verrechnet wird, damit das Geld für die Menschen zum Kauf von medizinischen Masken auch wirklich zur Verfügung steht.

Der SH Landtag begrüßt, dass die Landesregierung Kontakt zu den Kommunalen Spitzenverbänden und der Bundesanstalt für Arbeit aufgenommen hat und dass diese die Bereitschaft gezeigt haben, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten.

Begründung:

Nach dem Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 19. Januar 2021 wird die Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken im Einzelhandel, Personenverkehren, Pflegeheimen, sowie bei religiösen Veranstaltungen und Versammlungen vorgeschrieben. Deshalb ist es sinnvoll und richtig, die Bürgerinnen und Bürger auch materiell in die Lage zu versetzen, sich mit medizinischen Masken auszustatten.

Katja Rathje-Hoffmann
und Fraktion

Marret Bohn
und Fraktion

Dennys Bornhöft
und Fraktion